

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

*Eisenstadt am 28. Mai 2018*

**Selbstständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend den  
Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend den Schutz der burgenländischen Pendler vor neuen Belastungen**

Im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlamentes wurde Mitte Mai mehrheitlich für den Vorschlag einer kilometerabhängigen Maut gestimmt. Vignetten, wie sie auch in Österreich üblich sind, könnten demnach 2025 abgeschafft werden. Ausgehend von der jährlichen Gesamtfahrleistung auf Autobahnen ergibt sich für die Vignette ein durchschnittlicher Kilometerpreis von rund 2 Cent. Damit sich Road Pricing in Österreich rechnet, müssten laut diverser Studien jedoch pro Kilometer mindestens 5 Cent eingehoben werden. Das fahrleistungsabhängige Road Pricing würde für die burgenländischen Pendler die Kosten gegenüber der Vignette also vervielfachen.

Aktuellen Medienberichten zufolge verfolgt die Wiener Grünen-Verkehrstadträtin Vassilakou das Ziel, eine City-Maut für Einpendler einzuführen. Dieser Ansatz ist leistungsfeindlich und unsozial, denn gerade die burgenländischen Arbeitnehmer in Wien tragen mit ihrem Fleiß enorm viel zur guten wirtschaftlichen Entwicklung der Bundeshauptstadt bei. Der Burgenländische Landtag spricht sich daher klar gegen diese Maut aus.

Die burgenländische Landespolitik orientiert sich stark an Bedürfnissen der Pendler und hat die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verbessert – das reicht von der Investition von rund 19 Millionen Euro jährlich in den Ausbau der öffentlichen Verkehrs und die Stützung von Jahres- und Monatskarten über die Fahrtkostenzuschüsse im Rahmen der Arbeitnehmerförderung bis hin zu spezifischen Maßnahmen wie ein landesweites Netz von „Fair Tanken“-Tankstellen, das Top-Jugendticket, die Semesterticket-Förderung oder kostengünstige Parkgaragenplätze in Wien.

Angesichts steigender Mobilitätserfordernisse auf dem Arbeitsmarkt bedarf es dennoch weiterer finanzieller Entlastungsimpulse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine Gesamtumstellung der Pendlerförderung auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag würde mehr Fairness und Treffsicherheit bedeuten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- sich für die Beibehaltung des jetzigen Vignettensystems und gegen das geplante Road-Pricing für PKW einsetzen.
- an den zuständigen Bundesminister für Finanzen mit der Forderung nach einer fairen und sozial ausgewogenen Reform der Pendlerpauschale und einer besseren Förderung der Pendlerinnen und Pendler herantreten.
  - Ziel muss vorrangig die Umstellung des Gesamtsystems auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag sein, bei dem jeder gefahrene Kilometer berücksichtigt und gleich viel wert sein muss. Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte sollen durch volle Negativsteuerwirkung profitieren.
  - Darüber hinaus darf es zu keinen weiteren Belastungen der Pendlerinnen und Pendler in Form einer höheren Besteuerung von Diesel kommen.

Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen eine weitere Belastung der burgenländischen Pendler durch Einführung einer City-Maut in Wien und weiterhin für Verkehrslösungen im Einklang mit der gesamten Ost-Region aus.